

Archiv

Vorstandes der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands, Bonn

24. AUG.



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 218 81 - 83

Fernschreiber 0 886 890

P/XV/192 - 24. August 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a

Die Mannschaft

73

Führungsgremien der SPD bestätigen Vorschlag des
Partei Vorstandes

2 - 3

Die Zypernlösung birgt Gefahren

74

Von Dr. Basil Mathiopoulos

4 - 5

Lohnbewegung im Bergbau

64

Vor entscheidenden Tarifverhandlungen

Von Hans Vandenberg

6 - 7

Wahrheitszig und verhängnisvoll

68

Die KP erhielt 1928 Order aus Moskau, als Hauptfeind

die SPD zu bekämpfen

Von Günther Paschner

* * * * *

Die Mannschaft

Führungsgremien der SPD bestätigen Vorschlag des Parteivorstandes

sp - Die Führungsgremien der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben am Mittwoch dieser Woche die vom Parteivorstand vorgeschlagene "Mannschaft" für den Bundestagswahlkampf 1961 einstimmig gebilligt. An ihrer Spitze steht der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt. Sein Stellvertreter ist der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Prof. Carlo Schmid. In der Mannschaft finden wir Namen von gutem Klang. Der frühere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Fritz Steinhoff, der Ministerpräsident von Hessen, Dr. Georg August Zinn, der Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Max Brauer, die Bundestagsabgeordnete Käthe Ströbel aus Nürnberg, MdB. Fritz Erlex, MdB. Dr. Heinrich Deist, MdB. Wenzel Jaksch, der DGB-Vorsitzende Willi Richter und der Vorsitzende der sozialdemokratischen Landtagsfraktion von Württemberg-Baden, Alex Möller.

Diese "Mannschaft" ist ein repräsentativer Querschnitt durch die deutsche Sozialdemokratie. Die Partei will mit der Auswahl und der Herausstellung der genannten Persönlichkeiten deutlich machen, wie gross ihre innere geistige und politisch-praktische Vielfalt ist. Jede der genannten Persönlichkeiten könnte sofort ein hohes Regierungsamt übernehmen; mehrere von ihnen haben sich bereits in jahrelanger Regierungspraxis bewährt und sind von Wahl zu Wahl in ihrer Führungsrolle von den Wählern bestätigt worden. Ihre Leistungen auf dem Gebiet der Kommunal- oder Landespolitik werden anerkannt. Andere sind der deutschen Öffentlichkeit durch ihre klaren Vorstellungen in Politik, Wirtschaft und Kultur bekannt.

Willy Brandt als "Mannschaftsführer" hat in Berlin das Erbe einer Louise Schröder, eines Ernst Reuter und Otto Suhr angetreten. Seine grossen politischen Fähigkeiten, sein ausgleichendes Wesen und seine Fairness in der Auseinandersetzung mit politisch Andersdenkenden, die Klarheit seiner politischen Vorstellungen - das alles ist die Voraussetzung für die ihm von der Sozialdemokratie in der deutschen Politik zuge dachte Führungsrolle. Prof. Carlo Schmid kam - wie er selbst oft sagte - zur Politik, weil er erkannt hat, dass der Intellektuelle nicht nur über die Demokratie reden, sondern sie auch gestalten sollte. Die Bedeutung dieses Mannes für das Deutschland der Nachkriegszeit ist unbestritten.

Männer wie Steinhoff, Zinn und Brauer stehen seit Jahrzehnten in führenden Positionen der deutschen Landespolitik. Was sie in den von ihnen geleiteten Ländern geleistet haben, zeigt ihre Zielstrebigkeit und strafft

24. August 1960

alle jene Lügen, die da sagen; vor den Sozialdemokraten höre man immer nur ein "Nein". Hamburg und Hessen gelten mit vielen anderen sozialdemokratisch geführten Grosstädten im In- und Ausland als Musterbeispiele für eine fortschrittliche Sozial-, Wirtschafts- und Kulturpolitik. Die Bundestagsabgeordnete Käthe Strobel, die sich, nach ihrem Beruf gefragt, bescheiden "Hausfrau" nennt, hat sich in ihrer politischen Arbeit den Ruf einer grossen Sachkenntnis auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft erworben. Fritz Erler, Dr. Heinrich Beier und Wenzel Jaksch stehen seit Jahren führend in der Arbeit der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion. Jeder von ihnen verfügt über umfassende Kenntnisse auf seinen Spezialgebieten, aber auch über ein beachtliches Allgemeinwissen, das in den Debatten des Bundestages selbst die politischen Gegner zur höchsten Anerkennung zwingt. Dass die Sozialdemokratie mit Wenzel Jaksch einen führenden Vertreter der Heiligtvertriebenen in die "Mannschaft" gestellt hat, ist der Ausdruck einer engen Verbundenheit mit den gesamtdeutschen Anliegen unseres Volkes. Der DGB-Vorsitzende Willi Richter ist der Mann der praktischen Sozial- und Arbeitspolitik. Jahrelang war er im Bundestag führend an der Gestaltung der Sozial- und Arbeitsgesetzgebung der Nachkriegszeit beteiligt. In ihm vereint sich das gründliche Wissen um die Sorgen und Hoffnungen der arbeitenden Menschen mit dem starken Selbstbewusstsein des Vertreters der freiheitlich organisierten Arbeitnehmerschaft. Alex Köller ist ein Mann der Wirtschaft; in Stuttgart leitet er als Generaldirektor ein grosses Versicherungsunternehmen, anerkannt von der Fachwelt und geachtet als Führer der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in demokratischer "Musterländer" Württemberg-Baden.

Die Sozialdemokratie präsentiert also mit dieser Mannschaft dem deutschen Volke und seinen Freunden im Ausland ein Team der demokratischen Zuverlässigkeit. Hierbei sei auch daran erinnert, dass sich die sozialdemokratische Mannschaft auf eine im Volke fest verwurzelte und in der Demokratie erprobte Partei von rund 650 000 Mitgliedern stützen kann. Das ist ein starkes Fundament, dessen Bedeutung besonders deswegen nicht unterschätzt werden darf, weil in letzter Zeit häufig - sogar bei unseren Freunden im Ausland - mahnende Stimmen laut geworden sind, die darauf hinwiesen, dass gewisse autoritäre Tendenzen bei uns noch immer nicht eingebremst werden konnten.

Aus diesen Gründen erhält die Nominierung der sozialdemokratischen Mannschaft auch eine grosse ausserpolitische Bedeutung, trägt sie doch dazu bei, das Vertrauen zur demokratischen Zuverlässigkeit Deutschlands im Ausland zu stärken.

Die Zypernlösung birgt Gefahren

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Nach der offiziellen Souveränitätserklärung Zyperns und ihren symbolischen Begleiterscheinungen wie Böllerschüsse, Paraden, Flaggenrissungen und Grusstelegrammen ausländischer Staatsmänner muss nun die Frage gestellt werden, wie und ob Zypern in Zukunft leben können. Dazu muss man unterscheiden zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung der neuen Republik und ihrer politischen und diplomatischen Stabilität.

Die wirtschaftliche Zukunft der drittgrössten Mittelmeerinsel kann als gesichert betrachtet werden; Zypern ist in der Lage, doppelt so viele Menschen zu ernähren als gegenwärtig auf der Insel leben (Vor den 520 000 Einwohnern sind ca. 420 000 griechische, 80 000 türkische Zyprioten, der Rest verteilt sich auf Armenier, Maroniten und Juden). Es gibt reiche Kupfer-, Eisen- und Goldvorkommen, daneben Asbest, Chrom, Pyrit, Gips u.a. Im Jahre 1958 exportierte Zypern ca. 12,5 Millionen to. an Bodenschätzen im Werte von ca. 10 Millionen englischen Pfund. Unabhängig von diesen eigenen wirtschaftlichen Quellen erhält Zypern in den nächsten fünf Jahren eine britische Wirtschaftshilfe von 40 Millionen DM jährlich, die für den Aufbau der Industrie gedacht ist. Freilich wird der neue Staat auch bisher ungekannte Ausgaben haben, so dass der bisherige Staatshaushalt von 40 Millionen englischen Pfund überschritten werden dürfte. Es soll in Nikosia eine Universität eingerichtet werden, wie überhaupt an eine vollkommene Revision des von den Briten stark vernachlässigten Bildungswesens gedacht ist.

Wenn sich also auf der wirtschaftlichen Seite ein positives Zukunftsbild erhoffen lässt, so sieht es für die politische Zukunft recht düster aus. Die Züricher und Londoner Zypernlösung ist und bleibt künstlich; sie ist äusserst schwer realisierbar. Es darf nicht vergessen werden, dass das zypriotische Volk selbst nicht über seine Zukunft entscheiden durfte, also nicht jenes Selbstbestimmungsrecht ausüben durfte, das nach den UNO-Grundsätzen sogar den weniger reifen afrikanischen Staaten zugestanden wird. Ein inoffizieller Volksentscheid aus dem Jahre 1950 brachte eine Mehrheit von 96,5 Prozent für den Anschluss an Griechenland!

So sehr auch England die Bevölkerung Zyperns gefördert haben mag, diese naheliegende Lösung des Problems wurde während der gesamten englischen Kolonialherrschaft über die Insel nicht erwogen. Der ehemalige

amerikanische Präsident Truman erklärte schon 1955, die einfachste Lösung sei, auf Zypern unter der Aufsicht der Vereinten Nationen eine Volksbefragung durchzuführen, um dann den Volkswillen international zu verankern. Heute sind die Türken praktisch die Nutznießer der Unabhängigkeit. Die Engländer dagegen haben einen sinnlosen Krieg geführt; denn schon 1954 - vor Beginn der Kampfhandlungen - hatte Griechenland den Briten vorgeschlagen, ihre militärischen Stützpunkte auf der Insel zu behalten, ja selbst auf den griechischen Inseln weitere Basen einzurichten, wenn sie einer Selbstbestimmung Zyperns beistimmten. Aber es musste wohl ein fünfjähriger blutiger Krieg geführt werden, damit die Engländer ihre Basen erhalten konnten, die sie ohnehin behalten hätten.

Die türkischen Zyprioten, die 18 Prozent der Bevölkerung ausmachen, sind mit 30 Prozent an der Legislative und Exekutive und mit 40 Prozent an der Schutztruppe beteiligt, darüberhinaus hat ihr Vizepräsident das Einspruchsrecht in allen wichtigen Fragen des Landes. Diese diplomatisch-arithmetische Lösung verlangt in allen, auch den kleinsten Fragen, das Zustandekommen eines Kompromisses zwischen Makarios und Dr. Kütschük. Die Türken wollen jene 30 Prozent, die ihnen im Parlament zustehen, jetzt auch in allen Behörden und freien Berufen erreichen. Zu diesem Zweck wollen sie "Nachschub" aus dem Mutterland holen. Eine weitere Schwierigkeit ist die Schutztruppe, die aus 950 griechischen und 650 türkischen Soldaten besteht und die als Garantie der Unabhängigkeit für die Ruhe auf der Insel sorgen sollen, neben den britischen Soldaten auf den Stützpunkten Dhekelia und Akrotiri. Es gehörte schon ein grosses Maß an Unvernunft dazu, diese Truppen auf die Insel zu schicken. Sollte es nämlich zu einem lokalen Konflikt zwischen den griechischen und türkischen Bewohnern der Insel kommen (wozu genug Anlässe in die diplomatischen Verträge eingebaut wurden), so kann die Anwesenheit nationaler Einheiten eine solche Lage nur noch verschlimmern.

Alle diese Bedenken trugen auf Zypern nicht wenig dazu bei, daß man den Tag der Unabhängigkeit laut britischer Korrespondentenberichte nicht mit der Begeisterung feierte, die man erwartet hatte. Statt von einer Zypern-"Lösung" zu sprechen, sollte man, um der Wahrheit näher zu kommen, zugeben, daß die Lage auf Zypern komplizierter ist als sie vorher war, nicht zuletzt - ausserpolitisch - auch deshalb, weil zwischen Athen und Ankara neuer Konfliktstoff gelegt wurde, aus dem Schwierigkeiten erwachsen können. Die Zypernfrage ist nicht beantwortet. + + +
- 4 -

Lohnbewegung im Bergbau

Von Hans Vanderbergh

Wenn es richtig ist, daß - wie es der Tarifpolitiker der IG Bergbau und Energie, Karl van Berk, auf der Generalversammlung seiner Gewerkschaft im Juli ausdrückte, - im Steinkohlenbergbau "jede Tarifbewegung zu einem Politikum ersten Ranges" wird, dann müssen die ersten Anzeichen eines solchen Politikums am kommenden Freitag sichtbar werden. An diesem Tage treffen sich nämlich die Vertreter der Vorstände der IG Bergbau und Energie und des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau (UVR) zu einem ersten Gespräch am sogenannten "Runden Tisch", um über eine Lohn- und Gehaltserhöhung für die Beschäftigten des Ruhrbergbaues zu beraten.

Die Bergarbeitergewerkschaft hat in ihrem Schreiben an den Unternehmensverband Ruhrbergbau die Höhe der von ihr für notwendig erachteten Lohnerhöhung mit 12 Prozent angegeben. Sie dürfte dabei von der Überlegung ausgegangen sein, daß dieses prozentuale Ausmaß der Lohnerhöhung immer dann unvermeidbar ist, wenn es die ernsthafte Absicht der Tarifparteien ist, die Bergarbeiter wieder in die Spitzen-Gruppe der Lohnskala Nordrhein-Westfalen zurückzubringen.

In der Tat liegen die Brutto-Wochenverdienste der eisenschaffenden Industrie schon längere Zeit um 7,5 Prozent höher, als der durchschnittliche Brutto-Wochenverdienst im Ruhrbergbau. Die am 1. Juli wirksam gewordene 8,5-prozentige Lohn- und Gehaltserhöhung in der eisenschaffenden Industrie wird diesen Abstand noch erheblich vergrößert haben. Aber auch andere Industriezweige haben inzwischen den Steinkohlenbergbau überrundet. Estrug der durchschnittliche Brutto-Wochenverdienst im Bergbau im Mai 146,76 DM, so lagen neben der eisenschaffenden Industrie mit 157,13 DM noch das Druckereigewerbe mit 156,54 DM und die Eisen-, Stahl- und Tempergießereien mit 149,50 DM Brutto-Wochenverdiensten über dem Bergbau. Die Löhne in der Kunstfaserherstellung und Elektrizitätsgewinnung und -versorgung mit 146,40 DM bzw. 146,37 DM liegen nur noch wenige Pfennige von den Bergbaulöhnen entfernt. Von der Spitzenstellung der Bergarbeiter kann also nicht mehr die Rede sein - auch dann nicht, wenn die Bergbauunternehmer jetzt mit einigen

Spitzfindigkeiten die Öffentlichkeit glauben machen wollen, daß es gar nicht so schlecht um die Bergarbeiterereinkommen bestellt sei.

Offensichtlich sind solche Unternehmer-Erklärungen darauf abgestellt, um einmal bei den kommenden Lohngesprächen nicht allzu tief in die Tasche greifen zu müssen und um zum anderen die Abwanderung von Bergleuten, die Karl van Berk als "die Ausblutung des Kohlenbergbaus" bezeichnete, aufzuhalten. Wie wenig sich jedoch die Bergarbeiter von solchen Erklärungen beeindruckt lassen, mag die Tatsache erhellen, daß seit Beginn der Kohlenkrise im Februar 1958 immerhin nahezu 200 000 Bergarbeiter den Bergbau verlassen haben. Noch im Juli waren über 50000 Abgänge zu verzeichnen. Heute sucht der Bergbau, so paradox es auch klingen mag, fast 20 000 Arbeitskräfte. In dieser Zahl der gesuchten Arbeitskräfte sind auch 9000 Lehrlinge enthalten; ein Zeichen dafür, daß dem Bergbau Nachwuchs fehlt und er in Zukunft von der Substanz seines Arbeitskräftepotentials leben muß, wenn es ihm nicht gelingt, attraktiver hinsichtlich des Lohnes und der Arbeitsbedingungen zu werden.

Die Möglichkeiten zu entscheidenden Verbesserungen der Löhne und Arbeitsbedingungen hat der Bergbau. Die Schichtleistung ist in bemerkenswerter Weise angestiegen und hat jetzt die 2100-kg-Grenze erreicht. Gegenüber der Leistung pro Mann und Schicht aus 1958 entspricht das einer Steigerung um mehr als 25 Prozent! Es wird selbst vom Bergbau nicht bestritten, daß sich diese günstige Leistungsentwicklung in außerordentlich guten Betriebsergebnissen niedergeschlagen hat. Die Manager des Steinkohlebergbaus nuteten es daher auch ihren Aktionären nicht zu, im "Krisenjahr 1959" irgendwelche Dividendenkürzungen einzunehmen. Die Geschäftsberichte weisen entsprechende Gewinnausschüttungen aus. Verständlicherweise und berechtigt halten jetzt auch die Bergarbeiter ihre Hand auf: Sie wollen nicht nur zurück in die prominente Reihe der Spitzenverdiener, sondern sie verlangen auch Anteil an den durch ihre Leistung erzielten Betriebsergebnissen. Schließlich sind 25 Prozent Leistungssteigerung keine Kleinigkeit.

Wahnwitzig und verhängnisvoll

Von Günther Paschner

Am letzten Wochenende trafen sich in Schwedens Hauptstadt Stockholm einige tausend Historiker aus aller Welt. Bei der Fachtagung der Wirtschaftshistoriker, die ihre Theorien über die Arbeiterbewegungen ihrer Länder zwischen 1929 und 1939 austauschten, wurde ein interessantes Detail bekannt. Der Heidelberger Forscher Prof. Dr. Werner Conze nannte als einen der Gründe, dass es Hitler gelungen sei, an die Macht zu kommen, eine Instruktion, die die KPD 1928 aus Moskau erhalten habe. In dieser Instruktion sei nicht der Nationalsozialismus, sondern die Sozialdemokraten als Feind Nr. 1 bezeichnet worden.

Der Heidelberger Wissenschaftler hat mit dieser, bisher wenig bekannten Tatsache erneut unterstrichen, was die politische Geschichte Tag für Tag beweist, seit es eine kommunistische Partei gibt; die Sozialdemokratie war stets der Hauptfeind der Kommunisten! Daran ändern auch jene verleumderischen Versuche von rechts nichts, mit denen die SPD immer wieder in die Nähe der Kommunisten gerückt und ihre Politik als Handlangerdienste für die Sowjets (Adenauer: "Der Untergang Deutschlands...") diffamiert werden soll. Die plumpen Anbiederungsversuche von linksausen, denen die SPD seit 40 Jahren ein entschlossenes Nein entgegenstellt, sind nur Scheinmanöver, die den Kommunisten - ob unter Thälmann oder Ulbricht - dazu dienen sollen, den guten Namen der deutschen Sozialdemokratie für ihre Ziele zu missbrauchen.

Otto Braun, Preussens langjähriger sozialdemokratischer Ministerpräsident, hat einmal zwei Faktoren genannt, die für das Scheitern der Weimarer Republik bestimmend waren: Versailles und Weimar!

Versailles - das war das unkluge Friedensdiktat kurzsichtiger Sieger von 1918, die damit den nationalistischen Kräften von Jugenberg bis Hitler Auftrieb gaben und der demokratischen Republik verweigerten, was sie einige Jahre später dem Diktator widerspruchslos zugestanden.

Moskau - das war die neu geschaffene kommunistische Weltzentrale (als deren Sitz Lenin einige Monate lang Berlin vorgesehen hatte, bis endgültig feststand, dass Deutschland trotz kommunistischer Putschversuche, Räterregierungen und Strassenkämpfe keine "sozialistische Republik" werden würde), von wo aus alle kommunistischen Parteien fern-

gelenkt wurden, auch in innenpolitischen Aktionen, wie Professor Senze jetzt erneut bewiesen hat. Für die deutsche Sozialdemokratie, allzeit bestgehasste Feindin der KP, ist die Erkenntnis nicht neu, dass es ohne die Kommunisten weniger Blutvergiessen in der Weimarer Republik gegeben hätte; dass ohne sie Hindenburg nie Reichspräsident - und damit Hitler nie Reichskanzler! - geworden wäre; dass ohne die Kommunisten die junge Republik nicht gleichzeitig einen "Zwei-Fronten-Krieg" gegen den Rechts- und Linksradikalismus hätte führen müssen; und dass ohne die Kommunisten Hitler der entscheidende Vorwand für ein Ermächtigungsgesetz und damit für die Errichtung der Diktatur gefehlt hätte.

Gegensätze ziehen sich bekanntlich an. Und Extreme verbrüdern sich nicht selten in der Politik. So empfanden es viele bis dato linientreue Kommunisten um das Jahr 1933 herum gar nicht so abwegig, zur NSDAP überzuwechseln und ebenso gefolgstreue SA-Männer zu werden. (Zunah viele damals noch der Illusion anhängen, Hitlers Partei sei eine "sozialistische"...). Rotfront und SA hatten zumindest eins gemeinsam: den Hass gegen die Republik und die Demokratie. Er war ebenso grenzenlos wie sie in ihren Methoden im Kampf gegen die Republik nicht wählerisch waren. So arbeiteten die kommunistischen Befehlsempfänger Moskaus auf deutschem Boden den Verderbern Deutschlands in die Hände. Als Otto Braun sie 1932 im preussischen Landtag einmal darauf mit dem Hut der Verzweiflung - "Merken Sie denn nicht, dass Sie die Geschäfte derer da drüben besorgen? Sie wollen beide die demokratische Republik zertrümmern, um dann auf den Trümmern ihre Diktatur zu errichten, und zwar jeder die seine. Sie wollen dann die hängen - und die Sie. Ich fürchte, Sie werden die Gehängten sein!" - aufmerksam zu machen versuchte, grollten ihr die Kommunisten an: "Dich hängen wir zuerst!" Die deutschen Kommunisten hatten in ihrer totalen Verblendung ein kommendes NS-Regime bereits in ihr politisches Kalkül einbezogen, dessen Wehwitz in der These gipfelte, dass das deutsche Volk durch eine kurze Periode nationalsozialistischer Diktatur hindurch müsse, um dann umso sicherer in den Armen des Kommunismus zu landen... Diese These kostete den deutschen Volk viereinhalf Millionen Tote und brachte die Spaltung Deutschlands

-----+-----+-----
Verantwortlich: Günter Markscheffel